



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die officiöse Presse und die nationale Partei.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Frage gütlich gelöst werden kann. Einen ernstlichen Lösungsversuch zu machen ohne die begründete Aussicht, damit aus Dänemark und dem scandinavischen Norden einen zufriedenen, freundlichen Nachbar zu machen — darin müssen wir dem Organe des Grafen Bismarck beipflichten — wäre bei der berechneten Weite der Vorschriften des Prager Friedens eine Gedankenlosigkeit, wie sie dem Geschäftsführer eines großen Volks nicht erlaubt sein kann.

Die officiöse Presse und die nationale Partei.

Der Streit, welcher in diesen Wochen zwischen der Presse des Bundeskanzlers und Blättern der nationalen Partei geführt wurde, hat, wie zu hoffen, den Deutschen keine ernste Sorge gemacht. Die Methode, nach welcher die Federn des Grafen Bismarck in den Zeitungen und der Bundeskanzler selbst im Reichstage die nationale Partei zu behandeln pflegen, ist nicht mehr neu, weder die Sprache hochachtungsvollen Unwillens, welche die schmeichelhafte Perspective nicht ausschließt, daß die Herren von der nationalen Partei wohl dereinst die Ministerstühle einnehmen werden; noch die geringschätzige Versicherung, daß die Regierung auf das Zusammenwirken mit so unzuverlässigen Bundesgenossen verzichten wolle. In Wahrheit scheinen uns die Angelegenheiten des Bundes jetzt so zu stehen, daß der Bundeskanzler für die nächste Zukunft das kräftige Zusammenwirken mit den Nationalen, wie unbequem ihm dasselbe sein mag, weniger wird entbehren können, als seither. Die Schwierigkeiten für Fortentwicklung des Bundes sind unläugbar größer geworden, die Maschinerie des Reichstages hat unter den übergroßen Zumuthungen gelitten, und es ist eben so sehr ein Fehler in der Geschäftsbehandlung durch die hohe Versammlung, welche das Gefühl überarbeitet zu sein, hervorgerufen hat, als die starken Zumuthungen, welche durch die Regierung an die politischen Vertreter der Nation gestellt worden sind. Unterdeß ist der Wechsel in den Ministerien von Baiern und Württemberg für die Bundesregierung eine ernste Mahnung, daß ihre Politik gegen den Süden doch wohl nicht die möglichst beste gewesen sei. Denn was seit zwei Jahren zu befürchten war, ist eingetreten, die preußische Diplomatie hat dort an Einfluß verloren und vergebens wird in Berlin den Intriguen des Grafen Beust zugeschrieben, was nur die Folge der Isolirung und souveränen Selbstherrlichkeit war, in welcher man die Königreiche des Südens gelassen. Und dabei kam dem norddeutschen Bunde noch zu Gute, daß die innern Verhältnisse Oesterreichs auf die Südstaaten mehr abschreckend als anziehend wirken mußten, die österreichischen Versuchsversuche des Grafen Beust haben immer noch mehr für Conservirung unserer Interessen in Baiern und Württemberg gearbeitet, als wir selbst. Und wenn wir uns aus achtungsvoller Ferne ein Urtheil über die Gedanken des Grafen Bismarck gestatten dürfen, so ist derselbe gerade jetzt in der Lage, auf ein neues Mittel zu sinnen, durch welches er in seiner Weise allen Gewalten, mit denen er zu rechnen pflegt, eine gewisse Steigerung der Spannkraft zutheilen könnte. Doch was er auch erfundet, es würde sich ebenso wie frühere Hoffnungen auf das Zollparlament und auf

die Actionskraft der nationalen Interessen im Süden als eine Täuschung erweisen, wenn es nicht die herzliche Beistimmung der liberalen Anhänger des Bundes in Deutschland erhielt.

Aber dies Blatt, ein treuer Vertreter der nationalen Wünsche, vermag auf der anderen Seite auch die Ueberzeugung nicht zu unterdrücken, daß unsere Freunde, soweit sie im Reichstag und preußischen Landtag als Partei auftreten, noch weit davon entfernt sind, ein völliger, wohlorganisirter Ausdruck der nationalen Forderungen in der Nation zu sein. Die große Anzahl von Talenten, welche zum Theil aus kleineren Kreisen des Volkslebens hervorgegangen sind und vorzugsweise juristische Bildung haben, sichert unseren Freunden einen hervorragenden Antheil bei allen Acten der Gesetzgebung; diese eifrige Thätigkeit aber hilft zur Zeit noch wenig, eine große Auffassung allgemeiner politischer Verhältnisse in den Parteigenossen allgemein zu machen, ja sie erschwert in einer unbequemen Weise die innere Disciplin. Es ist wohl nur bei Deutschen möglich, daß so viele treue Männer unter starken persönlichen Opfern, mit Hintansetzung jedes eigenen Vortheils einen großen Theil ihrer Zeit den Arbeiten der Gesetzgebung widmen. Und der rastlose Fleiß, der redliche Eifer sind hoher Achtung werth. Aber die Praxis des Gesetzmachens, welche in den Landtagen und unter der neuen Geschäftsordnung wieder in dem Reichstag eingebürgert ist, wirkt bei unseren Freunden geradezu lähmend auf die politische Seite ihrer Thätigkeit, sie bedroht den Bund mit einer Gesetzgebung, deren Flüchtigkeit, Zufälligkeit und handgreifliche Mängel eine Reaction gegen die ganze Bundesgesetzgebung hervorzurufen; die angestrengte Arbeit jedes Tages, das unablässige Amendiren von Gesetzparagraphen in Parteiversammlungen und im Plenum zieht den Ehrgeiz der Talente nach ganz falschen Richtungen und umhüllt die Häupter der Fleißigen mit einer eigenthümlichen verdunkelnden Atmosphäre, die man bei aller Hochachtung Reichstagsdunst nennen darf. Weder die Commissionen noch die Plenarverhandlungen sind nach richtiger Methode organisirt. Die Commissionen für umfangreiche Gesetze, wenn sie ja einmal beliebt werden, haben viel zu wenig Zeit für allseitige gründliche Erwägungen und ihre Festsetzungen behaupten viel zu wenig Autorität gegenüber den Einfällen der Einzelnen im Plenum. Besserung ist nur zu hoffen, wenn das ganze juristische Detail der Berathungen und Amendements umfangreicher Gesetze der Regel nach Commissionen übergeben wird, die vom Reichstag erwählt das Recht haben, sich durch jede Art von Fachautoritäten, die nicht Reichstagsmitglieder sind, zu ergänzen, welche ihre Sitzungen über eine Session des Parlaments durch die ganze Wahlperiode auszudehnen berechtigt werden, und deren Reichstagsmitglieder für die Commissionsthätigkeit angemessene Entschädigung erhalten. Die juristischen, national-öconomischen, administrativen Erwägungen müssen reichlich und allseitig stattgefunden haben, bevor über einen Gesetzentwurf im Plenum entschieden wird. Die Partei und der Reichstag haben in der Regel nur die politischen und Opportunitätsgründe zu verhandeln. Die Mitglieder des Reichstags sollen nicht als Juristen und Verwaltungsbeamte berathen, sondern als politische Männer.

Dafür ist freilich auch eine weit andere Disciplin der Partei nöthig. Nun wird man hierin nicht das Unmögliche verlangen. Die Talente unserer

Partei sind fast sämmtlich in neuer Zeit unter denselben Kämpfen als wackere Genossen heraufgekommen. Ihre Führer haben sich — mit sehr wenigen Ausnahmen — niemals als Leiter großer Staatsgeschäfte Ansehen und Volksthümllichkeit erworben, welche ihnen die Herrschaft über aufstrebende Parteigenossen sicherte. Eine Partei erhält ihre politische Reife erst dann, wenn ihre Führer in den Geschäften stehen oder waren, das ist selbstverständlich. Demungeachtet könnte die innere Verfassung unserer Partei im Reichstage und Landtage eine weit bessere sein. Schon im Beginne dieses Jahres ist an dieser Stelle gebeten worden, die Partei möge sich einen Führer und Repräsentanten in Berlin wählen, welcher in die Lage gesetzt wird, auch außerhalb der Sitzungszeit des Reichstages das Parteinteresse zu leiten und die gesellschaftlichen Pflichten und Verbindungen zu unterhalten, die für Politiker größeren Styls unentbehrlich sind. Was bis jetzt geschehen ist, etwa um Beiträge der Parteigenossen und einen Einfluß auf die Wahlen vorzubereiten, hilft noch wenig, die Partei tüchtig und fest zu machen. So lange die Vertreter unserer Interessen im Reichstage nicht die Selbstverläugnung finden, sich einem erwählten Haupte unterzuordnen, so lange wird die Partei trotz der Tüchtigkeit und Bedeutung der Einzelnen, den Eindruck der Zerfahrenheit und Schwäche machen. Und derselbe Mangel an Zusammenhalt und Parteigezügigkeit, den die Partei im Reichstage darstellt, wird auch unter ihren Wählern fühlbar werden und bei jeder Neuwahl die Freunde in größere Gefahr setzen. Gerade unsere politische Richtung, deren Kraft in dem gebildeten Bürgerthum liegt, bedarf einen festen und imponirenden Zusammenschluß, um bei dem allgemeinen Wahlrecht nicht zwischen der Masse der Conservativen, Socialisten, Ultramontanen zerrieben zu werden. Denn die eine Gefahr der Massenwahl wird immer größer, daß sie die Wähler nach zwei extremen Richtungen auseinanderzieht, unbedingte Opposition oder herrschlustiges Standesinteresse. Schon für die nächsten Wahlen hört man die Ansicht aussprechen, daß für unsere Parteigenossen nur die entscheidende Frage sein werde: für oder gegen den Bundeskanzler. Mögen alle guten Geister unsrer Nation verhüten, daß solch ein trennender Kriegsruß sich unter den Freunden erhebe. Unsere ganze Stärke liegt darin, daß wir — wie unvollkommen immer — nach dem Maß unserer Kraft der freien Zeitbildung und dem lauterem Gewissen der Nation Ausdruck geben, denn wir sind fast die einzige Partei, welche nicht durch irgend eine maßgebende Theorie, oder ein beherrschendes Standes- und Glaubensinteresse zusammengehalten wird. Unsere Aufgabe ist weder Werkzeug zu sein, noch aus feindlicher Theorie mürbisch zu kritisiren, sondern bei dem Guten und Großen, was die Männer der Regierung uns zu bieten vermögen, mit warmer Hingabe zu helfen, Irrthümer, Schwächen und falsche Maßnahmen der Regierung durch entschiedenen Widerstand abzuwehren. Oheim Einzelner, der gerade die Hauptlast der Geschäfte trägt, uns bald für Helfer, bald für Gegner erklärt, was liegt daran? So weit wir richtig verstehen, was der Nation Noth thut, arbeitet er für uns, das heißt für die Zukunft Preußens, nicht wir für ihn. ♀